

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 261

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Beilagen, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 6. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Bettgeschichten im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Heute die Beilage: „Herd und Scholle“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler Dr. Luther, um von ihm einen Bericht über die augenblickliche innerpolitische Lage entgegenzunehmen.

* Vertreter des Handels und des Kleinhandels mit Lebensmitteln hatten mit dem Reichskanzler Dr. Luther eine Aussprache über die Preisfestsetzung, über deren Notwendigkeit kein Zweifel bei der Aussprache bestand.

* Im besetzten Rheinland sind 33 französische Kreisbelegierte von ihren Posten zurückgezogen worden; sie kehren nicht mehr in die Ämter zurück.

* Einer Schlagwetterentzündung bei Mörz fielen zwei Bergleute zum Opfer; in Weisklein wurden drei Bergleute verschüttet, einer konnte nur als Leiche geborgen werden.

* Wider Erwarten erhielt das neugebildete Kabinett Poincaré eine Majorität in der französischen Deputiertenkammer, so daß der erwartete Sturz ausblieb, obwohl die Lage nach wie vor kritisch bleibt.

Politik im Rundfunk.

Das erfreulichste an der soeben verbreiteten Rundfunkrede Dr. Stresemanns ist wohl, daß sie auch im Ausland mitgehört werden konnte und wohl auch mitgehört worden ist. Im allgemeinen pflegen nämlich auswärtige Zeitungen deutsche Ministerreden nicht zu bringen, sondern sie polemisieren höchstens gegen diese. Und es waren wichtige Dinge, die Stresemann dem Ausland zu sagen hatte. Dazu gehört nicht etwa das Bedauern darüber, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen einen tiefen Schatten auf das Vertragswerk von Locarno geworfen haben. Das weiß nämlich das Ausland ohnedies schon ganz genau. Wichtig ist vielmehr die starke Betonung, daß die letzte Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages geknüpft bleibt an das Inkrafttreten der Rückwirkungen, die Briand und Chamberlain in Locarno als „selbstverständlich“ bezeichnet haben. Stresemann erklärte, daß diese Fragen ihn und den Reichskanzler veranlaßt haben, die Vertragsentwürfe zu paraphrasieren, so daß sie jetzt nicht mehr abgelehnt, sondern nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden können. Stresemann machte die Äußerung, nach welcher der Reichskanzler und er für die Annahme der Verträge eintreten werden, wenn sie „den Weg öffnen, der zur Wiederherstellung und Befreiung Deutschlands führt“. Aber der Verfall der Verträge und alle anderen hernach über uns verhängten Verträge stehen allerdings noch dahin, an diesen Verträgen wird und soll nichts geändert werden.

Dr. Stresemann ist dann in seiner Rundfunkrede zwar nicht auf die näheren Einzelheiten der „Rückwirkungen“ eingegangen, hat hierüber, seiner bisherigen Politik getreu, nichts Näheres gebracht, hat aber die Gelegenheit benutzt, wieder den deutschen Standpunkt zu den verschiedenen strittigen Artikeln des Locarnoer Vertragswerks hervorzuheben. Vor allem handelt es sich dabei um den Streit darüber, ob mit dem ersten Artikel des Westpakt ein Verzicht auf deutsches Land ausgesprochen ist. Bekanntlich wurde von unseren Vertragsgegnern dies behauptet, während Dr. Stresemann dem nicht so bestimmt. Ferner erklärt er, daß die Auslegung des Artikels 16 (Durchmarschrecht) durch die Note der Entente auch dahin aufzufassen sei, daß wir uns nicht nur einer militärischen Beteiligung an einer Völkerbundresolution angeschlossen, sondern daß durch eine Neutralitätsklärung unsererseits auch das Durchmarschrecht der anderen durch Deutschland hindurch beseitigt werde. Bei den Vertragsgegnern ist auch hier die Einstellung abweichend. Erfreulicherweise aber hat Dr. Stresemann noch einen dritten Punkt berührt, nämlich die Frage der Kolonialmandate für Deutschland, deren Zulässigkeit bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als Rückwirkung von Briand und Chamberlain in Locarno bezeichnet wurde. Allerdings — die Erde ist verteilt, das wenige, was Deutschland sich erwarb, ist ihm genommen. Es erscheint nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß man uns etwas davon zurückgeben wird.

Die mit der Entwicklung der innerpolitischen Lage verknüpften Erwartungen eines Rücktritts des Kabinetts und Erhebung des Reichskanzlers Dr. Luther durch eine andere Persönlichkeit sind vorläufig nicht Tatsache geworden; denn die Unterredungen der Parteiführer, soweit sie hinter dem Kabinett Luther stehen, haben gezeigt, daß auch das Zentrum zurzeit die Herbeiführung der Großen Koalition noch nicht als ganz sicher betrachtet. Man hat anscheinend Bedenken, wie die ganze Entwicklung ausläuft, die ganz auf den Kopf gestellt würde, wenn englisch-französische Sarnmädigkeit die Rückwirkungen nicht in der Ausdehnung zur Wirklichkeit werden lassen will, wie wir es erwarten müssen. Bemerkenswert ist übrigens die Schärfe, mit der sich der militärische Bericht über die Besprechung mit den Parteiführern gegen die Haltung der Deutschnationalen wendet. Wichtig ist auch die Feststellung, daß für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno jetzt vor allem die Grundlage geschaffen werden muß, und daß dies die alles beherrschende Frage der Gesamtpolitik sei.

Auch der demokratische Parteivorstand hat in einer Entschließung die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig gemacht. Auch dort sieht man auf dem Standpunkte, daß erst nach dieser endgültigen Entscheidung eine Regierungsneubildung zu erfolgen habe, die außenpolitisch eine ehrliche Durchführung der Verträge und innenpolitisch ein „Festigung der Republik“ zum Ziele haben müsse; ein entsprechend zusammengefügtes Kabinett werde sich nur auf die Parteien stützen

Luther bei Hindenburg.

Beratungen über die innere Lage.

Berlin, 4. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag den Reichskanzler Dr. Luther, um von ihm einen Bericht über die innerpolitische Situation entgegenzunehmen. Vorher hatte der Kanzler die Wortführer der „Wirtschaftspartei“, die Abgeordneten Hampe und Mollath, empfangen. Das Ergebnis der Besprechung war nach einer offiziellen Mitteilung, daß die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung dem Reichskanzler mitteilten, sie schloßen sich dem Standpunkt der drei durch Vertrauensmänner in der Regierung vertretenen Parteien an. Die Wirtschaftspartei würde sich dadurch der Politik der jetzigen drei Regierungsparteien anschließen, der Meinung des Vorsitzenden der Partei, des Abg. Dr. Bredt also nicht beitreten. Dr. Bredt lehnte bekanntlich die Zustimmung zum Vertrag von Locarno ab. Für den späteren Nachmittag waren die Fraktionsführer der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen zum Reichskanzler gebeten.

Gleichzeitig mit den Aktionen der Regierung und der Parteiführer gehen im Reichstag andauernde Fraktionskämpfe vor sich. Wie es heißt, soll der Reichstag voraussichtlich am 23. November einberufen werden. Es bestehe die Absicht, dem Parlament dann eine bestimmte Regierungsvorlage über die Verträge von Locarno zu unterbreiten. Man rechnet damit, daß über die schwebenden diplomatischen Verhandlungen, die sich auf die Rückwirkungen von Locarno beziehen, etwa Mitte November ausreichend Klarheit geschaffen sein wird.

Verhandlungen des Zentrums

Berlin, 4. November.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers a. D. Marx zu einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung zusammen, um über die politische Lage zu beraten. Die führenden Mitglieder der Fraktion sind fast vollständig anwesend. Abg. Dr. Birtz ist von seiner Amerikareise noch nicht zurückgekehrt. Ob er sich der Fraktion wieder anschließen wird, hängt von dem Ausgang des Zentrumsparteitages in Kassel ab. Die Verhandlungen der Zentrumsfraktion sind vertraulich und werden voraussichtlich erst morgen zu Ende gehen. Trotz der Vertraulichkeit verlautet doch schon, daß in der Debatte namentlich Reichskanzler a. D. Marx, der Vorsitzende der Deutschen Zentrumsfraktion, und Ministerpräsident a. D. Stegerwald hervortraten. Es wurde gegen die Haltung der Deutschnationalen in der Locarno-

dürfen, die eine derartige Außen- und Innenpolitik mitmachen wollen.

Unsere Innenpolitik ist jedenfalls noch immer in einem kritischen Zustande. Wir wissen nicht, wie die Gegenstände sich zu den Rückwirkungen verhalten wird. Davon ist aber alles abhängig, nicht bloß unsere Außen-, sondern auch die Innenpolitik.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Besprechungen über die Preisfestsetzungsaktion.

Der Reichskanzler empfing in Gegenwart der Reichsminister Graf Rautz und Dr. Krohne Vertreter des Handels und Kleinhandels aus der Lebensmittelbranche zu einer von diesen erbetenen Aussprache über die Preisfestsetzungsaktion. Ungeachtet einiger Beschwerden, die die Gewerbetreibenden über die praktische Durchführung der Preisfestsetzungsaktion vorzubringen hatten, bestand völliges Einverständnis darüber, daß die Preisfestsetzungsaktion mit größtem Nachdruck gegenüber allen Wirtschaftsgruppen weiter durchzuführen sei.

Minister Girtler klagt.

Der preussische Wirtschaftsminister Girtler hat gegen ein Berliner völkisches Blatt, das die vom völkischen preussischen Landtagsabgeordneten Gieseler gegen ihn erhobenen Beschuldigungen über seinen Wiener Besuch wiederholt hat, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Polizei hat das Blatt beschlagnahmt.

Dr. Helld's Reise durch Oberfranken.

Ministerpräsident Dr. Helld bereist gegenwärtig Oberfranken. Er hat bisher unter anderem die Städte Bayreuth, Münchenberg und Hof besucht. In Ansbach wies der Ministerpräsident darauf hin, daß der Staat Bayern auch in der Frage des Finanzausgleichs alles tun wolle, was in seinen Kräften stehe. Einen Ausgleich könne es nur unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen des Staates und des Rahmens geben, den das Reich gezogen habe.

Osterreich.

X Der Beamtenstreit vermieden. Nach einer ununterbrochenen 18 stündigen Verhandlungsdauer zwischen dem Bundeskanzler Dr. Kamel und dem Fünfundzwanziger-Ausschuß der Beamten ist es gelungen, den Beamtenstreit zu vermeiden. Die Streikparole für Donnerstag ist zurückgezogen worden. Der Ausgleich erfolgte, nachdem die Regierung einwilligte, 28 % eines Monatsgehaltes an

angelegentlich Stellung genommen. Die meisten Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß man sich dem Vorschlage der Sozialdemokratischen Partei auf sofortige Einberufung des Reichstages nicht anschließen könne. Weiter wurde ausgeführt, daß es wohl am besten wäre, wenn Luther und Stresemann die Verhandlungen mit den Vertragsmächten zu Ende führen würden und wenn eine Umbildung der Regierung erst nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London, also etwa Anfang Dezember, stattfinden würde.

Befegungsmilderungen im Rheinland

Im Rheinland sind 33 der bisherigen französischen Kreisbelegierten abberufen worden. Ihre Stellen werden nicht mehr besetzt. Wie die französische Befehlsbehörde mitteilt, ist auch der bisherige Bezirksbelegierte von Koblenz, General Winpffen, ein bekannter Anhänger Poincarés und Royalist, von seinem Posten abberufen worden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Bezirksbelegierte in Bonn, Gelin, ernannt. Nach Mitteilung des „Reichsdienstes der deutschen Presse“ hat sich Frankreich mit Wiedereinsetzung eines deutschen Oberkommissars für die Rheinlande einverstanden erklärt. Für den Posten ist der deutsche Völkshafter in Madrid, Freiherr Langwerth von Simmern, in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen über die Zurückziehung verschiedener rheinischer Ordonanzen schreiten vorwärts, sind jedoch vorläufig noch nicht zu einem Abschluß gelangt. Es verlautet, daß die deutsche Regierung in Paris die Zurückziehung gegeben hat, daß sie ebenfalls gewillt sei, diejenigen Verordnungen zurückzuziehen, die ein Hindernis für den privaten Meinungsaustausch zwischen den alliierten Befehlsbehörden und den deutschen Beamten bilden.

Einspruch gegen die deutsche

Heeresleistung zurückgezogen.

Wie von in der Regel gut unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, hat die Interalliierte Überwachungskommission die Einwände zurückgezogen, die im Zusammenhang mit den Abrüstungsorderungen gegen die jetzige Organisation der deutschen Heeresleistung erhoben worden waren. Nach dieser Mitteilung dürften also die gegen die Stellung des Generals von Seeckt gerichteten Forderungen gegenstandslos geworden sein.

Wie es heißt, wird die Antwort des Völkshafterrats auf die noch nicht veröffentlichte deutsche Entwaffnungsnote, die Völkshafter von Hoeck persönlich von Berlin nach Paris mitgenommen hat, ungefähr am 10. November in Berlin erwartet.

2. Januar 1926 zur Auszahlung zu bringen und allen jenen Beamten, die darum ersuchen sollten, noch vor Jahresende Vorschüsse in gleicher Höhe zu bewilligen.

Großbritannien.

X Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen. Nach den endgültigen Berichten hat die Arbeiterpartei bei den Gemeinderatswahlen 132 Nettogewinne zu verzeichnen, darunter 47 in der Provinz und 85 in London. In London hat die Arbeiterpartei in 8 von 28 Gemeinderäten die Mehrheit. In den neuen Gemeinderäten werden 364 Arbeitervertreter und 1002 andere Vertreter sitzen, verglichen mit 277 bzw. 1083 bei den letzten Wahlen. Die Zahl der Sitze ist seit den letzten Wahlen vermehrt worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat die neuen Gesandten Afghanistans, Kolumbiens und Ungarns in Berlin sowie die scheidenden Gesandten der betreffenden Länder zu dem üblichen diplomatischen Zeremoniell empfangen.

Paris. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat sämtliche Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem er ihnen von einer Entschließung des Völkerbundes Mitteilung über Vereinfachung der Zollformalitäten und ein Arbitrageverfahren macht.

Paris. Die „Volonté“ teilt, daß Senator Henry de Jonvenet, der ehemalige Chefredakteur des „Matin“, zum französischen Oberkommissar in Syrien ernannt werden.

London. Die Schulden der Tschechoslowakei an Großbritannien im Betrage von 900 000 Pfund sind in der Weise geregelt worden, daß der Betrag in zehn jährlichen Raten zurückgezahlt werden soll und daß der Gesamtbetrag alle in Verbindung mit dieser Schuld etwa erhobenen Ansprüche deckt.

London. Die Refugium-Konferenz beschloß einstimmig, China grundsätzlich die Zollautonomie zu gewähren unter der Bedingung, daß gleichzeitig der chinesische Binnenlandzoll (Zollin-Zölle) abgeschafft werde. Die volle Zollautonomie soll am 1. Januar 1929 in Kraft treten.

London. Nach einer Meldung aus Tanager sind in der internationalen Zone drei Flugzeuge gelandet, deren Führer Amerikaner sind, welche in der französischen Armee gegen die Rote Armee dienen. „Daily News“ meint, der Zwischenfall werde vermutlich eine interessante Frage im Zusammenhang mit der Neutralität Tangers aufwerfen.

Newyork. Der Demokrat James Walker ist mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Bürgermeister von Newyork gewählt worden.

Preussischer Landtag.

(92. Sitzung.)

tt. Berlin, 4. November.

In das Wahlprüfungsgericht wählt das Haus an Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Preuß den Abg. Grefler (Dem.). Dann wird die erste allgemeine

Besprechung zum Kultushaushalt

fortgesetzt. Abg. Prelle (Wirtsch. Baa.) weist darauf hin, daß

in Hannover wieder ein Totschlag aus politischen Gründen erfolgt ist. Der Landtag müsse verlangen, daß dieses Gift endlich aus dem Volkstörper ausgeschieden und die deutsche Jugend wieder auf den Weg der Moral und der Sittlichkeit zurückgeführt wird.

Abg. Bagewski (Pos.) erneuert seine Klagen und Beschwerden über die Verhöhnung der polnischen Minderheit durch die Schulverwaltung in Oberschlesien.

Abg. Bock (Völk.) betont, daß nicht weniger als die materiellen religiösen Notstände in Deutschland und Preußen zum Himmel schreien.

Kultusminister Beder

erklärt zu den Ausführungen des Abg. Bagewski, daß der Vorsitzende der Kommission für Oberschlesien, Präsident Gellender, sich über die Regelung des Schulwesens durchaus befriedigend ausgesprochen habe. Im übrigen ständen die verschiedenen Beschwerden tausenden gegenüber, die wir gegen Nach zu erheben haben. Dem Abg. Bock erwiderte er, daß nach seiner Ansicht die Volksschule durch das Reichsschulgesetz so geregelt werden solle, daß jeder nach seiner Fassung fertig werden könne. Was die höhere Schule anlangt, so sei er persönlich aus innerer Überzeugung für die paritätische höhere Schule. Aber er verstehe auch die Stimmung des derjenigen, die anderer Meinung seien. Um ihnen entgegenzukommen, sei er bereit, neben der paritätischen höheren Regelschule vereinzelt konfessionelle Ausnahmen zuzulassen, aber nur bei den höheren Privatschulen.

Abg. Leinert (Soc.) befragt zu der gestrigen Debatte über den Fall des linksrheinischen Professors Lessing, es gäbe überhaupt keinen Fall Lessing, sondern einen Fall fanatischer Hetze von Professoren und Studenten gegen Lessing. Die Sozialdemokraten wünschen, daß der Minister dem völkischen und antisemitischen Gerede in der Studentenschaft mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

Abg. Koch-Deynhäusen (Dtn.) erklärt, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Ministerium und Kirche notwendig sei. Es würde sehr dem allgemeinen Frieden dienen, wenn alle sich auf dem Grundsatze der Achtung vor der religiösen Überzeugung Andersgläubiger einigen würden.

Abg. Schuster (D. Vp.) weist in einer Erklärung namens seiner Fraktion den unerhörten Vortritt zurück, der in den Ausführungen des Ministers Beder liege, wenn er behauptet, je weiter rechts ein Minister stehe, um so abhängiger sei er von seiner Partei. Der Redner schließt mit der Forderung nach besserem Schutz der Heiligung des Sonntags gegenüber der Überhandnahme der Vergnügungssucht.

Abg. Dietrich (Ztr.) fragt für die Junglehrer ein, deren Rot sich zu einer Rot der Schule auswache. Wir haben dann in Preußen immer noch 12485 Schulklassen mit mehr als 60 Kindern.

Abg. Kilian (Komm.) behauptet, daß mit dem Reichsschulgesetzentwurf des Herrn Schiele die Volksschule bis weit in das Mittelalter zurückgeworfen werde.

Abg. Widel (Dem.) tritt für die Simultanschule als die gegebene Form der Volksschule ein. Für die pädagogische Akademie müsse die Simultanschule die Generalforderung sein. Kultusminister Beder teilt mit, daß in seinem Ministerium ein Vertrauensverhältnis herrsche, ohne jede Rücksicht auf rechts und links, und daß er ein Ministerium zusammengestellt habe, das wirklich lebt und arbeitet.

Abg. Dohi (Soc.) spricht sich entschieden gegen den Reichsschulgesetzentwurf aus, der der Versäufung widerspreche. Für die Volksschullehrer sei Hochschulbildung erforderlich.

Abg. Frau von Kuleka (D. Vp.) wirft dem Reich vor, daß es bei den Aufgaben, die ihm in kultureller Beziehung von den Ländern überwiesen sind, eine zu starke Zurückhaltung gezeigt habe.

Abg. Rüdiger (Dtn.) beklagt die schlechten gesundheitlichen Verhältnisse in der Volksschule, und fordert Abhilfe der Rot der Junglehrer.

Abg. Frau Stoffel (Ztr.) fordert die konfessionelle Lehrerbildung und Trennung der Vorbildung von Lehrern und Lehrerinnen. Die Landesschulen bedürfen besonderer Förderung. Es dürfen ihnen gute Kräfte nicht entzogen werden.

Abg. Frau Dientrop (Soc.) fordert den Minister auf, der weltlichen Schule Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Die konfessionelle Schule bedeute einen unerträglichen Gewissenszwang.

Abg. Lufassowitsch (Dtn.) betont, daß die Personalpolitik des Ministers den schärfsten Protest erfordere.

Vertrauensvotum für Painlevé

Eine Mehrheit von 32 Stimmen.

Das Ministerium Painlevé hat überraschenderweise von der französischen Kammer mit 221 gegen 189 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Trotz der äußerst geringen Mehrheit von nur 32 Stimmen glaubt man, daß Painlevé vorläufig im Amt bleiben wird.

Für die Regierung haben gestimmt die drei Kartellgruppen. Die Sozialisten enthielten sich der Stimme, ebenso der gemäßigte Flügel der Rechten unter Führung von Maginot und Dariau. Das rechte Zentrum und die äußerste Rechte sowie die Kommunisten haben gegen die Regierung gestimmt. Die Stimmenthaltung der Sozialisten hat dem Kabinett Painlevé das Leben gerettet.

Die Tagesordnung, die zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut:

Dunkle Mächte.

7) Kriminal-Roman von Friedr. E. Zöllner.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Draußen blieb der Detektiv unterhalb des Fensters, durch das der Diebstahl geschehen sein sollte, stehen und betrachtete nacheinander die Umgebung des Fensters, die hinabführende Wand und den bis an den Weg reichenden, dichten Rasen.

„War dieser Rasen schon damals vorhanden, Herr Baron?“ fragte er dann.

„Ja, es ist alles noch unverändert, wie es damals war.“

„Und hat man auf ihm Fußspuren entdeckt?“

„Soviel ich weiß, waren einige, allerdings sehr unterhalb des Fensters vorhanden, die nach der Wand unterhalb des Fensters hinwiesen.“

„Aha! Also doch wenigstens einmal etwas Spur-ähnliches.“

„Allerdings auch das Einzige, was die Polizei hat entdecken können, Herr Wallner.“

„Nun, immerhin weist es darauf hin, daß wir es mit Wesen von Fleisch und Blut zu tun haben, und solche Wesen müssen doch zu erwischen sein.“ entgegnete Robert Wallner lächelnd. Dann, wieder ernst werdend, fragte er noch: „Sontz vermögen Sie mir also über den Diebstahl nichts Wesentliches anzugeben?“

„Wie ich Ihnen schon anfangs sagte: nein.“

„So wäre meine Aufgabe hier erledigt. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Liebenswürdigkeit, Herr Baron, und bitte Sie, mein Eindringen gütigst zu entschuldigen.“

„Durchaus keine Ursache, Herr Wallner! Es sollte mich freuen, wenn Sie in dieser Angelegenheit erfolgreich sein würden, als die Polizei.“

Der Detektiv glaubte etwas wie gutmütigen Spott in den Worten zu hören; doch unterließ er eine Entgegnung und verabschiedete sich.

Sein nächster Weg galt dem Polizeipräsidium, wo es ihm gelang, den Kriminalkommissar Bedeker an-

„Die Kammer heißt die Erklärung der Regierung gut und setzt das Vertrauen in sie, daß sie, im Einvernehmen mit der Mehrheit der Republikaner, eine Politik des Fortschritts und der finanziellen Sanierung befolgen wird. Sie lehnt jeden Zusatzantrag ab und geht zur Tagesordnung über.“

Die Tagesordnung war von dem radikal-sozialistischen Abg. Aubriot eingebracht worden. Vor der Abstimmung sprach noch der sozialistische Abg. Paul Faure und recht fertigte die Stimmenthaltung der Sozialistischen Partei. Painlevé hat die Absicht, Ende der Woche, spätestens Anfang nächster Woche, die Finanzgesetzentwürfe der Kammer vorzulegen. Man nimmt an, daß er wahrscheinlich bei der Abstimmung über die Kredite für Marokko und Syrien in die Minderheit geraten werde. Man hält die Tage des Kabinetts Painlevé auch trotz der siegreichen Abstimmung für gezählt.

Ruhnießer der Revolution.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(13. Tag.)

§ München, 4. November.

Am dreizehnten Verhandlungstag des Hofmann-Prozesses unteruchte der Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Fischer, als Sachverständiger den Begriff des Dolchstoßes. Allgemein versteht man darunter, daß die Revolution und die damit zusammenhängenden Vorgänge die entscheidende

Ursache des deutschen Zusammenbruchs

seien. Ohne Zweifel richtig ist dieser Vorwurf gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei, deren beide Gruppen sich bei Erscheinen der Dolchstoßhefte längst wieder vereinigt hatten. Weiter werde in den Heften von „Röbenverbrechern“ gesprochen, worunter man landläufig diejenigen Persönlichkeiten verstehe, die bei der Novemberrevolution in die vorderste Linie getreten seien, also Ruhnießer der Revolution gewesen seien. Der Sachverständige faßte seine Ansicht schließlich dahin zusammen, daß es der Schriftleitung in ihren Aufsätzen auf eine Unterzeichnung der beiden Gruppen (M. S. P. und U. S. P.) im wesentlichen nicht angekommen sei, und daß sie sich keine Mühe gegeben habe, den

Vorwurf des Dolchstoßes

von der früheren M. S. P. fernzubehalten. Dann ging der Sachverständige auf die Prüfung der Richtigkeit bzw. der Unrichtigkeit des Vorwurfs des Dolchstoßes näher ein sowie auf die Frage, ob eine Fälschung im subjektiven oder im objektiven Sinne vorliege.

Das neue Regime in Persien.

Einberufung einer Nationalversammlung.

„Chicago Tribune“ meldet aus Teheran: König Pahlawis hat ein Dekret erlassen, worin er die Schließung aller Spielhäuser und aller Branntweinschenken anordnet und erklärt, seine Herrschaft werde bedeuten: Arbeit und nicht Schauspiel. In seinen Ansprüchen bei den ersten Empfängen von Abordnungen sagte der König wiederholt, er werde sofort großzügige Maßnahmen ergreifen, um die Lage des Landes zu verbessern. Diese Versprechen finden den vorliegenden Berichten zufolge allgemeinen Glauben, da der König als Premierminister Charakter gezeigt habe. Ein Ausschuss ist ernannt worden, um die Bestimmungen für die Wahl der verprochenen verfassunggebenden Versammlung zu treffen, die aus 300 Mitgliedern bestehen und alle Klassen der Bevölkerung vertreten soll, sowie um eine Reform der Verfassung vorzubereiten und damit die Abschaffung des früheren Schahs und die Ernennung Pahlawis zu seinem Nachfolger zu legalisieren.

Die persische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß sie folgendes amtliche Telegramm aus Teheran empfangen hat: Um der öffentlichen Meinung des Landes Rechnung zu tragen, hat der Medschlis am 1. November beschlossen, die bisher herrschende Dynastie Kadjar abzuschaffen. Er hat die provisorische Gewalt seiner Hoheit Riza Khan Pahlawis bis zu dem Zeitpunkt übertragen, an dem eine Nationalversammlung einberufen wird, um über die spätere Regierungsform zu beschließen.

Vermögens-Sondersteuern.

Von Hugo Meyerheim, Berlin-Grünwald.

Zu diesen Steuern kann man von den Reichssteuern die Obligationsteuer sowie die Rentenbank- und Industrie-befahrung und die Aufbringungsabgaben rechnen. Im wesentlichen ist hierüber folgendes zu sagen:

1. Die Obligationsteuer stellt eine Aufwertung zu gunsten des Reiches dar und betrifft Schuld- und Rentenverschreibungen, sofern sie der Wertpapiersteuer unterliegen und nicht bis zum 1. Januar 1918 altitativ wurden. Die Steuer

zutreffen. Die Unterredung der beiden Herren dauerte fast eine ganze Stunde.

Dann suchte der Detektiv noch verschiedene der von der geheimnisvollen Verbrecherbande heimgejagten Familien auf, aber keine Ausnahme war gleich null.

Niemand vermochte irgend etwas von Belang anzugeben; so geschickte er seine Fragen auch gestellt hatte; niemand hatte etwas Verdächtigendes bemerkt; nirgendwo war man imstande, einen Verdacht nach irgendeiner Richtung auszusprechen.

Es war bereits Abend geworden, als Robert Wallner endlich in seiner Wohnung in der Nähe des Potsdamer Platzes anlangte.

Ermüdet warf er sich auf's Sopha, zündete sich eine Zigarre an und überließ sich seinen Gedanken.

Der „Fall Scharwächter“ begann ihn mittlerweile ganz außerordentlich zu fesseln. Hier hatte er es mit keinem gewöhnlichen Spitzbuben zu tun, davon war er bereits fest überzeugt, ebenso wie davon, daß die Polizei sich im Irrtum befand, wenn sie an ein Zusammenarbeiten mehrerer Verbrecher glaubte. Die ganze Anlage der einzelnen verwegenen Raubtaten wies darauf hin, daß nur ein einziger hier „gearbeitet“ haben konnte, und zwar mußte es sich um einen Menschen handeln, der mit äußerster Schlaueit eine ungewöhnliche Sorgfalt verband; sonst wäre es unmöglich gewesen, daß nach einer so großen Anzahl seiner Verbrechen immer noch jede Spur von ihm fehlte.

Wie äußerst vorsichtig der Bursche zu Werke ging, zeigte der Einbruch in der Villa des Barons von Warren. Das Fenster, durch das allein die Tat geschehen konnte, war von außen dicht mit Epheu bewachsen, der seine Ranken in gleicher Fülle vom Erdboden an fast vier Meter hoch hinauffpann, und unten grünte ein weicher Rasenteppich, der jeden Eindruck nach Stunden deutlich zeigen mußte.

Und dennoch war außer einigen gänzlich unwichtigen Einbrüchen im Rasen nicht das Geringste gefunden worden, wie er sich heute nachmittags auf dem Polizeipräsidium aus den Akten überzeugt hatte.

kommt bei dinglich gesicherten Schuldverschreibungen nicht in Betracht, wenn für die betreffenden Grundstücke eine Haus- oder Mietzinssteuer erhoben wird. Die Steuer haben die Schuldner, also diejenigen zu zahlen, die aus den Schuldverschreibungen verpflichtet sind.

2. Rentenbankbefahrung. Nach dieser hat die Deutsche Rentenbank an allen Grundstücken, die am 18. Oktober 1923 dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen haben, eine allen anderen Lasten vorangehende Grundschuld, die unkündbar ist und die 5 % des bei der Vermögenssteueranlegung 1924 berichtigten Verbräuchtwertes der Grundstücke beträgt. Die Rentenbankbefahrung ist mit 5 % jährlich von den Wirtschaften zu verzinsen und die Zinsen sind am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres postnumerando an die Finanzkasse abzuführen. Für die Zinsen haftet nicht nur das Grundstück, sondern auch der Eigentümer und der Pächter, trotzdem mangelnder besonderer Vereinbarung letzterer nur 1/2 der Zinsen zu tragen hat. Erlass oder Stundung der Zinsen bei außergewöhnlichen Unglücksfällen können gewährt werden. Der Zweck der Rentenbankbefahrung ist die Sicherstellung der neuen Währung.

3. Industriebefahrung. Auf Grund des Londoner Abkommens müssen alle nicht dem Reiche oder den Ländern gehörenden industriellen, bergbauartigen, Schiffahrts-, Kleinbahn-, Privatbahn- und Straßenbahnbetriebe, die mit mehr als 50 000 Mark Betriebsvermögen zur Vermögenssteuer veranlagt sind, Einzelobligationen ausstellen, die in Form von erstellenden Hypotheken des öffentlichen Rechts unter Garantie des Reiches gesichert sind. Auf Grund eines Teiles der Obligationen gibt die „Bank für deutsche Industrieobligationen“ Industriebonds aus. Während die Befahrung vom 1. September 1924 ab beginnt, laufen die Zinsen erst vom 1. September 1925 ab und sind stets am 1. April und 1. September fällig. Sie betragen einschließlich Tilgung zurzeit 2 1/2 %, vom 1. September 1926 ab 5 % und dann 6 %. Das Betriebsvermögen von Ehegatten wird zusammengerechnet.

4. Aufbringungsabgabe. Diese besteht für alle gewerblichen Betriebsunternehmer (mit Ausnahme der Unternehmer von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben, von Viehzucht, Weinbau- oder Fischereibetrieben nebst deren Nebenbetrieben), bei denen die Vermögenssteuer nach einem Betriebsvermögen von mehr als 20 000 Mark erfolgt. Diese Abgabe dient zur Aufbringung der Industriebefahrung. Sollte damit der Zinsen- und Tilgungsdienst auf die Industriebefahrung nicht erfüllt sein, so kann die „Bank für deutsche Industrieobligationen“ den Rest von den belasteten Industrieunternehmern einfordern. Die Beträge auf die Aufbringungsabgabe sind von den Unternehmern an die Finanzkasse zu leisten, die diese der „Bank für deutsche Industrieobligationen“ aushändigt. Letztere zahlt die Beträge auf das „Reichsbankkonto des Agenten für die Reparationszahlungen“ für Rechnung des von der Reparationskommission ernannten Treuhänders ein, der sie an die Inhaber der Industriebonds weiterleitet. Die Höhe der Abgabe wird durch schriftlichen Bescheid festgestellt, gegen den an Stelle des Einspruchs die Berufung und gegen deren Bescheid die Rechtsbeschwerde beim Reichsfinanzhof offen steht. Dabei darf die Höhe der Bewertung nicht angefochten werden, sondern gegebenenfalls nur geltend gemacht werden, daß ein Gegenstand nicht zum Betriebsvermögen gehört.

Der Prozeß gegen die Gräfin Bothmer.

Wegen einfachen und schweren Diebstahls angeklagt.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Potsdam hat sich die Gräfin Elinor v. Bothmer, geb. v. Dirle, zu verurteilen. Ihr werden Vergehen und Verbrechen gegen die §§ 242 und 243 des Strafgesetzbuches, also einfacher und schwerer Diebstahl, und zwar in fortgesetzter Handlung, vorgeworfen. Für die Verhandlung, zu der etwa 40 Zeugen und Sachverständige geladen sind, ist vorläufig ein Dauer von vier Tagen vorgesehen. Die Gräfin wird verteidigt durch Justizrat Joseph von, Potsdam, und Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, Berlin. Gräfin Bothmer ist angeklagt, aus dem Besitz des Landgerichtspräsidenten a. D. Ried verschiedene Gegenstände, darunter etwa 30 Bücher, 2 Kristallvasen, Tafelsilber, 2 silberne Pokale und eine Anzahl von Wäschestücken entwendet zu haben und soll dabei falsche Schlüssel oder andere Werkzeuge zur Öffnung der Behälter gebraucht haben.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 6. November 1925

□ Anfragen und Beschwerden über den Postdienst. Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Erledigung empfiehlt es sich, Anfragen und Beschwerden über Vorkommnisse des laufenden Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechtsdienstes unmittelbar an das beteiligte Amt (Postamt, Schekamt, Telegraphenamt, Fernsprechamt) zu richten. Für Angelegenheiten, die die Auslieferung, Beförderung, Gebührenerhebung oder Verlustfälle betreffen, kommen die Aufgabeanstalten in Betracht, während Anträge wegen Abholung oder Nachsendung von Postsendungen, ferner An-

Außerdem war es äußerst auffällig, wie genau der Spitzbube in allen Fällen Bescheid gewußt hatte, daß er zum Beispiel den Ort, an dem der Baron seine Ringe abzugeben pflegte, gekannt, und im „Fall Scharwächter“ sogar die neben dem Bett stehende Schmuckkassette gefunden hatte.

Also genaueste Ortskenntnis, verbunden mit völkigem Vertrautsein mit den Gewohnheiten der Bestohlenen, und dazu eine beispiellose Geschicklichkeit und Gewandtheit.

Der Kriminalinspektor hatte gar nicht verhehlt, daß er mittlerweile an der Lösung des Rätsels verzweifelte, nachdem alle Sicherheitsmaßnahmen vergeblich gewesen, alles Spüren und Aufpassen nichts genutzt hatte.

Umsomehr war Robert Wallner entschlossen, alles daran zu setzen, um des Spitzbuben doch noch habhaft zu werden.

Die Aussagen der Bestohlenen konnten ihm bei seiner Arbeit gar nichts nützen, ebensowenig, wie er aus den Akten etwas Wichtiges hätte entnehmen können.

Es hieß also, sich ganz auf sich selbst und den eigenen Spürsinn verlassen, der ihn bisher nie im Stich gelassen hatte und daneben auch ein klein wenig auf das Glück und — den Zufall hoffen, diesen wertvollen Helfer der Kriminalisten.

Gedankenvoll blies er den Rauch seiner Zigarre in die Luft, und mit einem Male spiegelten ihm die tanzenden, sich windenden und vergehenden Wölken ein hübsches, reizendes Mädchenantlitz vor, mit wundervollen, blauen Augen und einer Fülle goldblondigen Haars.

„Eli Scharwächter!“ murmelte der einsame Träumer vor sich hin.

Der Klang der eigenen Stimme brachte ihn zur Wirklichkeit zurück.

Da lagte er halb ärgerlich auf und drückte auf den Knopf der Tischbirne, das Zeichen für seine Wirtschafterin, mit dem Abendessen zu erscheinen.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

= Wiederaufnahme des Wanderpreisjüngers. Auf einer Besprechung der größeren Männergesangsvereine aus Rheinland und Westfalen, die sich an den früheren Kaiserpreisjüngern beteiligten hatten, stand u. a. zur Erörterung, den Reichspräsidenten oder das Kultusministerium für das Wiederaufleben eines Wanderpreisjüngers zu interessieren. Einmütig wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die Vertreterversammlung rheinisch-westfälischer Männergesangsvereine in M. - G. l. a. d. b. a. c. erklärt sich aus idealen Gründen und aus dem Gedanken heraus, den hohen Aufgaben des deutschen Männergesanges zu dienen, bereit, im Einvernehmen mit dem deutschen Sängerbunde der Verwirklichung eines neuen nationalen Wanderpreisjüngers durch Stiftung eines Staatspreises auf vollständig geänderter Grundlage fördernd näherzutreten.“ Es wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten übernehmen soll.

= Liebe, Heilchen und Geistesputz. Seit dem Bernburger Prozeß gegen den Lehrer und Heilchen Drost ist der Okkultismus wieder eine erstrittene Sache geworden. Auch Gelehrte beschäftigen sich mehr als früher mit ihm und suchen zu ergründen, was dahinter steckt. Der Wiener Professor F. E. d. e. g. glaubt, es heraus zu haben: er behauptet, daß Okkultismus ein Ersatz für verdrängte Liebe sei, und daß die Medien im Schlafzustand (Trance) sich „erotisch auszuleben“ suchen. F. E. d. e. g. meint, daß schon das Gegenwärtige des Mittelalters nichts anderes gewesen sei als eine Art Okkultismus mit Liebeszauber, Liebesstrahlen usw. Die sogenannte Besessenheit sei nichts als Hysterie gewesen; man habe sie damals freilich nicht erkannt, sondern auf mehr oder minder grausame Art bekämpft. Und dann handelt Prof. F. E. d. e. g. gar mit — Richard Wagner an, indem er nachzuweisen sucht, daß dieser in mindestens drei von seinen Werken okkultistische Motive verwendet habe: im „Tannhäuser“, wo der Held unter dem Einfluß des Liebeszaubers der Venus steht, im „Lohengrin“, wo Elsa die Gabe des Heilchens besitzt, indem sie den Schwanenritter vor seinem leiblichen Auftreten erblickt, und in „Tristan und Isolde“, wo ein Liebesstrahl die beiden Selben zusammenführt und ihren Untergang veranlaßt.

= Der Bubitopf als Eheförderer. Was wir mit dem Bubitopf unserer Damen nicht noch alles erleben werden! Jetzt scheint er hier und da gar schon zu ernstlichen Störungen des Hausfriedens, der sonst so überaus herzlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau, führen zu sollen. Hier zwei Bubitopfgeschichten aus den jüngsten Tagen: Ein Pariser Friseur, der ein wunderbares Kopfwaschwasser erfunden hatte, hatte in dem prächtigen, goldgetönten Haar seiner Frau die beste Kellame für seine Erfindung. Das Kopfwaschwasser ging reichend weg, bis eines schönen Tages nach vielen Seelenkämpfen die Friseurfrau der Versuchung erlag und sich heimlich, also bei einem andern Friseur, den obligaten Bubitopf machen ließ. Der Ehemann wurde, als er die „Beschönigung“ sah, fuchsteufelswild, warf die Gattin wegen Geschäftsförderung zur Tür hinaus und hat jetzt die Scheidungsklage angestrengt, da seinem Hause die beste Kellame weggeschoren worden sei. Ein noch merkwürdigerer Fall ist in einem Städtchen der Normandie passiert. Dort hatte gleichfalls eine mit Prachthaar begabte Ehefrau sich ohne Wissen des Mannes auf Bubi herrichten lassen. Was tat der verzweifelte Ehemann? Er gab, von Wut erfüllt, der Frau ein Schlafmittel ein und schnitt ihr, als sie schlummerte, mit einer Haarschneidemaschine auch noch den schätzbaren Rest ihres weissen Kopfschmuckes weg. So führt der Bubitopf allmählich zur Verwilderung der Sitten, und die Gerichte werden besondere Abteilungen für Scheidungen auf Grund unerwünschter Bubitöpflichkeit einführen müssen.

Welt und Wissen.

w. Hartes Wasser gesünder als weiches. An weißen Mäusen, Ratten, Kaninchen, Hunden, Kälbern und anderen Tieren probierte Dr. W. ers aus, ob hartes oder weiches Wasser für das Wachstum zuträglich ist. Bei Mäusen und Ratten zeigte sich kein Unterschied, alle andern Tiere gediehen besser bei hartem Wasser als bei weichem. Es wurde auch künstliches hartes Wasser, das durch kontrollierte Zufüge von Mineral-salzen hergestellt war, verwendet. Hatte dieses Wasser dieselbe Härte wie natürliches hartes Wasser, so waren die Resultate dieselben. Wurde aber das Wasser künstlich zehnmal härter gemacht als das natürliche, so ging die Förderung des Wachstums bei den Versuchstieren zurück, aber niemals bis zu einem Punkt unterhalb der Wachstumsrate von Tieren, die bei einer Nation von destilliertem Wasser gehalten wurden.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Schiedsspruch für das Bankgewerbe.) Im Reichsarbeitsministerium wurde für das Bankgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Gehälter der Bankangestellten um 5 % vorsieht. Diese Tarifregelung soll vom 1. November 1925 bis 28. Februar 1926 Gültigkeit haben. Die Parteien haben sich bis zum 16. November über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

London. (Weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit in England.) Die Arbeitslosigkeit in England zeigt eine weitere Abnahme um 5758 Personen und betrug in der vergangenen Woche insgesamt 1 232 400. Im Vergleich mit dem Vorjahre ist das noch ein Mehr von 29 161.

Wien. (Fortdauer des Bäckereistreiks.) Der Bäckereistreik dauert fort. Auf einzelnen vom flachen Lande nach Wien führenden Straßen sammeln sich Gruppen Streikender und unteruchen jeden Fußgänger und jedes Fuhrwerk, ob sie Brot für Wien haben. Die dreizehn Bäckereibetriebe, die für die Bundeskapitaler arbeiten, können die Arbeit und die Lieferung zwar fortsetzen, doch werden Herstellung und Versand der Backwaren genau kontrolliert. Die Zuckerbäckereibetriebe betonen Solidarität dadurch, daß sie keine Brotbäckereibackwaren herstellen.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 4. November.

* Börsenbericht. Nach widerstandsfähigem Beginn erfährt die Stimmung im weiteren Verlauf eine gewisse Abschwächung. Namentlich der weitere Rückgang des Frank wirkt verstimmend. Am Markt der inländischen Anleihen war die Tendenz nicht einheitlich; die Kurse erfuhren keine wesentlichen Veränderungen. Am Geldmarkt hat die Lage keine Änderung erfahren, tägliches Geld 8-10 %, monatliches Geld 10-11,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,33-20,38; holl. Gulden 168,82-169,24; Danz. 80,65 bis 80,85; franz. Franc 16,94-16,98; belg. 19,01 bis 19,05; schweiz. 80,83-81,03; Italien 16,56-16,60; schwed. Krone 112,25-112,53; dän. 104,42-104,68; norweg. 85,44 bis 85,66; tschech. 12,42-12,46; österr. Schilling 59,13 bis 59,27; poln. Zloty (nichtamtlich) 69,22-69,58.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1727, darunter Bullen 417, Ochsen 397, Kühe und Färse 913, Kälber 2134, Schafe 4975, Schweine 9678, Ziegen 40. Schweine aus dem Auslande 1105. Preise: Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgewästete 51-55, b) vollfleischige, ausgewästete im Alter von 4-7 Jahren 44-48, c) junge, fleischige, nicht ausgewästete 38-42, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 33-35; Bullen a) 50-53, b) 44-47, c) 36-40; Kühe und Färse a) 50-54, b) 42-47, c) 30-37, d) 23-27, e) 18-22; Fresser 33-39; Kälber a) 50-55, b) 40-48, c) 28-35; Schweine a) 100, b) 97-99, c) 94 bis 96, d) 90-93, e) 84-88, f) —; Säue 86-90; Ziegen 20 bis 25. Marktverlauf: Bei Rindern und Schafen ziemlich glatt; bei Kälbern glatt; bei Schweinen ruhige, fette Ware gesucht. (Wegen des Puftages am Mittwoch, den 18. November findet der Markt am Dienstag, den 17. November, statt.)

* Teilweises Ausfuhrverbot für Holz aus Luxemburg. Die Ausfuhr von Hölzern und Stämmen, entrindest und nicht entrindest, in ganzen Stämmen oder in Stümpfen (wenn sie zur Art der Buchen, Pappeln und Weiden gehören) ist ohne Ausfuhrerlaubnis aus dem Gebiete der belgisch-luxemburgischen Zollunion nicht mehr frei. Die Ausfuhr der anderen Holzarten ist frei.

* Berliner Güterversteigerung. Zum Angebot kamen am zweiten Tage hauptsächlich Grobviehhäute im mittleren und schweren Gewicht. Der Verkauf war etwas besser als am ersten Tage, und die Abgabe der Gebote erfolgte zögernd. Das Angebot im mittleren Gewicht fand zwar Käufer, doch gingen die Preise meist um 5 % zurück und nur einzelne Lofe erzielten ziemlich hohe Vorpreise. Schwere Gewichte wurden so niedrig geboten, daß die meisten Lofe zurückgezogen wurden. Vereinzelt wurde überhaupt kein Gebot abgegeben. Erzielten: Schleifisches Provinzgefälle, Ochsenhäute, 30-39 Pfd. 71 (71), alle übrigen Gewichte zurück; Bullenhäute, 30-39 Pfd. 76,50 (71-74,25), do. 40-49 Pfd. 57,50 (44-46,75), do. 50-59 Pfd. 51,75-52 (-); Kuhhäute, 30-39 Pfd. 55,50 (52,25), do. 40-49 Pfd. 50-53 (48-50); Färsehäute, 30-39 Pfd. 76 (72,75 bis 73), do. 40-49 Pfd. zurück (62-64), do. 50-59 Pfd. 61,75 (57,25), do. 60-70 Pfd. 67,50 (65); Berliner Schaffelle, vollständig 68,75 (62,50), do. halblange 67 (62,50), do. kurzvolles 65,50-69,75 (57). Die Preise verstehen sich je Pfund in Pfennig. Die Zahlen in Klammern bedeuten die Preise für beschlagnahmte Ware.

* Marktbericht vom Magerviehmarkt in Friedrichsfelde. Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: 181 Schweine, 801 Ferkel. Marktverlauf: Etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Es wurden gezahlt im Engros- und Einzelhandel pro Stück: für Läufer Schweine 7-8 Monate alt, 75-85 Mark, 5 bis 6 Monate alt 55-65 Mark, Ferkel, 3 bis 4 Monate alt, 35-50 Mark, Ferkel, 9 bis 13 Wochen alt, 25-30 Mark, 6 bis 8 Wochen alt 21-25 Mark.

* Produktentbörse. Im Anschluß an die Weltmarkthausse für Weizen lag dieser auch am hiesigen Markt recht fest. Die Nachfrage für England hält an, größere Deckungen bisheriger Vorverkaufte sind zu erfüllen und das Angebot des Auslandes auf prompte Abladung bleibt dauernd klein. Auch handelsrechtliche Lieferung war nur zu mehreren Mark höheren Preisen zu kaufen. Demgegenüber fehlte es beim Roggen nicht an Angebot auf Abladung, wohl aber an entsprechender Kaufneigung, die sich auch für Lieferung zu wenig zum Ausbruch brachte, daß trotz der Weizenhausse Preise sich kaum behaupteten. Nur Malzlieferung war fester. Das Mehlgeschäft ist ruhig, immerhin war aber für Weizenmehl etwas mehr Begehrt. Gerste hat schweres Geschäft, auch Hafer lag ruhig bei einiger Frage für weiße Qualitäten. Futterartikel fest.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	4. 11.	3. 11.		4. 11.	3. 11.
Weiz., märk.	220-223	217-220	Weiz., f. Br.	11,3-11,5	11,2-11,3
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	9,1-9,4	9-9,3
Roggl., märk.	141-144	141-144	Haas	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Witk.-Erbf.	26-32	26-32
Braugerste	186-210	186-210	fl. Speiseerbs.	25-27	25-27
Futtergerste	149-161	149-161	Futtererbsen	19-22	19-22
Hafer, märk.	161-171	161-171	Witkuchen	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Widen	22-25	22-25
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12-12,5	12-12,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	—	—
Wn. br. inf.	—	—	Seraballa	—	—
Sad (feinst.)	—	—	Rapskuchen	14,2-14,3	14,2-14,3
Wrt. u. Not.	27-31,2	26,7-31	Leintuch	21,3-21,4	21,3-21,4
Roggenmehl	—	—	Erdenschl.	8,1-8,2	8,1-8,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	20,2-20,5	20,2-20,5
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	9,4-9,5	9,4-9,5
inf. Sad	20,7-23	20,7-23	Kartoffelsf.	13-13,3	13-13,4

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Allg. Ortskrankenkasse der Gem. Halver.

Betr.: Beitragszahlungen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Beiträge bis zum 10. eines jeden Monats einzuzahlen sind. Für Beiträge, die bis zum genannten Zeitpunkt nicht eingegangen sind, wird unmittelbar nachher Postauftrag in Kurs gesetzt.

Halver, den 4. November 1925.

Der Vorsitzende des Vorstandes
gez.: Werner Lüsebrink.

Hugo Nieding

Herren - Konfektionsgeschäft
Halver-Eichholz 4.

Anzüge in allen Stoffen von 50-90 Mk.
Manchester-Anzüge von 30-40 Mk.
Loden-Anzüge von 35-45 Mk.
Monteur-Anzüge von 7-9 Mk.
Arbeiter-Hosen von 6,50-7,20 Mk.
Kammgarn-Hosen gestr. von 12-15 Mk.
Manchester von 12-15 Mk.

Gestrickte Herrenwesten
schwarz mit Ärmel 8,50-12 Mk.

Gestrickte Knaben Anzüge
von 10 Mk. an.

Schlafdecken

Original „Wollmoll“
Größe 140x190 und 150x200
a Stück 3,75 - 12,75 Mark.

Geben

Herde u. Oefen

ab Lager Kierspe zu
Fabrikpreisen ab.

Otto Naase & Co.
Kierspe, Telef. 181
Amt Meinerzhagen.

Denkmalsweihe in Kierspe-Bhf.



Die Weihe des Ehrenmales für die im Weltkrieg gefallenen Helden von Kierspe-Bahnhof und Umgegend findet am
Sonntag, den 15. Nov. 1925 statt.

Reihenfolge:

morgens 9 Uhr: Festgottesdienst
im Cramerschen Saale.
nachm. 2 Uhr: Antreten der Vereine
vor dem Hotel Cramer.
nachm. 2.15 Uhr: Abmarsch zum Denkmal.
Nach dem Weiheakt: Festzug durch den Ort und anschl.
Zusammensein im Cramer'schen Saale.

Alle Vereine und Bewohner von Kierspe-Bhf.
und Umgegend sind herzlich eingeladen.

Der Denkmalsausschuß.



Fahrräder u.
Nähmaschinen



kauf man vorteilhaft zu bequemen
Zahlungsbedingungen bei

Wilhelm Diebel,
Kierspe-Bahnhof.

— Reparaturen prompt und billigt. —

Leiterwagen

empfehl. billigt
Aug. Bollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Montag nachm., den
9. Nov. erhalte ich prima
schwere Oldenburger

**Läufer-
schweine**

Hugo Kierspe,
Halver, Fernspr. 52.

Erhielt heute große
und kleine

**Läufer-
schweine.**

Carl Schmale
Halver. Telefon 23.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Am Samstag, d. 7. November,
abds. 1/2 6 Uhr findet im Lokal Fasbender, Halver eine

Oeffentliche Metallarbeiterversammlung

statt.

Tagesordnung:

Wirtschaftskrise, Unternehmertum
und Arbeiterschaft.

Ref. Alf Hagen Westf.

Metallarbeiter! zeigt durch zahlreichen
Besuch der Versammlung, daß ihr gewillt und ent-
schlossen seid, eure Rechte zu wahren und zu fördern.

Auf zur Versammlung.

Die Einberußer.

Pfadfinder-Räder

Verand nur gegen Nachnahme.

Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—
Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—

mit Freilaufzahnkranz M. 3,50 Aufschlag.
mit Freilauf u. Rücktrittsbremse M. 14.— Aufschl.
Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und
leiste für jedes Rad eine schriftl. 2jährige Garantie gegen
Rahmen- und Gabelbruch.

Fahrrad-Mantel M. 2,95 3,65 3,95 4,80
Fahrrad-Schläuche M. —,95 1,35 1,65

Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog
über Nähmaschinen
Musik- u. Spielwaren

Emil Levy, Hildesheim.

Romane

Jugendschriften Ein gutes Buch

ist auch heute noch das billigste
und wertvollste Geschenk.
Eine reiche Auswahl
an Büchern aller Art finden
Sie in der Buchhandlung von

Wilh. Bell jr., Halver,
Kirchstraße 5.

Bruder-Schützen- verein Elbringhausen

Zu der vom Land-
wehrverein Kierspe am
Sonntag, 8. November
nachm. 5 Uhr veranstal-
teten theatraleschen Auf-
führung

Sauroggen

werden die Mitglieder
gebeten, sich recht zahl-
reich zu beteiligen.

Der Vorstand.

Bereinigung ehem. 88er.

Sonntag, den 8. Nov.
nachm. 4 Uhr
im Posthaus

Vorstandssitzung

5 Uhr

Versammlung.



aller Art
liefert gut und
billig. Auf
Wunsch Teil-
zahlg. Weh-
nachtsauf-
träge erbittet
bald. Repara-
turen schnell
und gut.

Annahmestelle in Kierspe
b. Schuhmach. Heinmüller.

Peter Brüser,
Uhrmacher, Bollwerk.

Ladenlokal mit Wohnung

suche möglichst sofort
zu mieten.

Gest. Angebote unter
P 450 an die Geschf. d.
Allg. Anz. Halver